

Arbeit zwischen Verherrlichung und Entwertung

Günther Moewes

Inhaltsübersicht:

1. Sachverhalte

- 1.1. Menschliche Arbeit nimmt in Industriestaaten ab
- 1.2. Menschliche Arbeit wird immer mehr entwertet
- 1.3. Bereits erreichtes Ausmaß der Ungleichverteilung

2. Ursachen

- 2.1. Ursachen der Verherrlichung
- 2.2. Ursachen von Entwertung und Ungleichverteilung
 - 2.2.1. Überangebot infolge Abnahme
 - 2.2.2. Ungleichheit von BIP und privaten Vermögen
 - 2.2.3. Wachstum gegen Arbeitslosigkeit?
 - 2.2.4. Exportüberschüsse = doppeltes Lohndumping
 - 2.2.5. Altersvorsorge und Produktionszuwächse

3. Zusammenfassung, Konsequenzen, Überwindungsmöglichkeiten

1. Sachverhalte

1.1 Menschenarbeit nimmt in hochindustrialisierten Staaten unaufhaltsam ab.

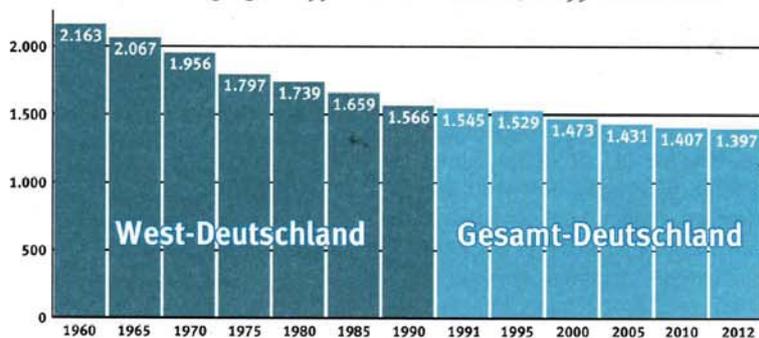
„In Deutschland waren noch nie so viele Menschen in Arbeit wie 2013“ tönt es aus den Medien. Und seit 1960 regelmäßig von allen Kanzlern: „Die Wende auf dem Arbeitsmarkt steht unmittelbar

bar bevor.“ Es wird der Eindruck erweckt, die Arbeit nähme wieder zu. Die Realität sieht anders aus. Tatsächlich hat die Zahl der durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitsstunden in Deutschland von 1960 bis 2012 um 35,4 auf 64,6% abgenommen, d.h. um mehr als ein Drittel.

Diese 64,6% der 1960erbrachten Arbeitsstunden geben jedoch noch nicht den tatsächlichen Rückgang des Arbeitsvolumens wieder. Denn in ihr ist ja noch nicht die enorm gestiegene Arbeitslosigkeit enthalten. 2012 betrug die Arbeitslosigkeit in Deutschland 6,8% (= 2,95 Mio.), 1960 ganze 1,3% (0,27 Mio.).

Arbeitsstunden pro Jahr je Erwerbstätigen 1960-2012

Inkl. Teilzeitbeschäftigung; bis 1990: alte Bundesländer, ab 1991: Deutschland



Quelle: Allmendinger, Jutta/Eichhorst, Werner/Walwei, Ulrich (Hg.) (2005), IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten, Nürnberg, Kapitel E, S. 202ff.; Wert 2005: IAB-Kurzbericht 03/2012; Werte ab 2010: Statistisches Bundesamt (2013), PM 19.02.2013

Grafik 1

Wenn sich die Zahl der Beschäftigten trotzdem erhöht hat, dann nur, weil diese Verringerung des tatsächlich erbrachten Arbeitsvolumens in Form von unbezahlter Arbeitszeitverkürzung auf drei Millionen Teilzeitbeschäftigte abgeladen wurde. Deren Zahl ist inzwischen höher als die der 2,95 Mio. Arbeitslosen.

Würde man die 2012 insgesamt tatsächlich geleisteten Jahresarbeitsstunden mit auf die Arbeitslosen verteilen, hätte jeder Erwerbsfähige pro Jahr 142 Std. weniger arbeiten müssen. Das so ermittelte heute erbrachte Arbeitsvolumen pro Erwerbsfähigen beträgt dann nur noch 59% dessen von 1960, also über 40% weniger.

Aber auch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Diese heute verbliebenen 59% an tatsächlich erbrachtem Arbeitsvolumen enthalten immer noch ein beträchtliches Volumen an vermeidbarer Arbeit, d. h. an sinnloser oder gar schädlicher Arbeitsverschwendung (s. Kasten „Stichworte“).

sinnvolle und nachhaltige Arbeit genutzt werden könnten. Statt in Realinvestitionen zu fließen, würden sie nur zur Befriedigung von Anlegeransprüchen genutzt und fließen überwiegend in reine Finanzoperationen. Weltweit seien das 2,3 Billionen Dollar.

ständigen Behauptungen der Arbeitgeber betrachtet werden, die Arbeitszeitverkürzung müsse natürlich unbezahlt bleiben, „Grundeinkommen“ und „Rente mit 63“ seien nicht finanzierbar usw.

Man könnte über die Vergangenheit provozierend den Satz sagen: „Je weniger gearbeitet wurde, desto mehr wurde erwirtschaftet.“ Das Leugnen der Abnahme menschlicher Arbeit ist natürlich gezielt: Es soll ein Überangebot von Arbeit aufrechterhalten werden, um die Arbeit immer weiter zu entwerten.

Gleichwohl wirft der Rückgang menschlicher Arbeit neben ihrer zunehmenden Entwertung auch ein anderes Problem auf: Mit ihm ist praktisch der gesamte bisherige bürgerliche Wertekanon verloren gegangen oder gefährdet, der Erfolg und Aufstieg versprach: Arbeit, Fleiß, Gottesfurcht und der Wille, dass es den Kindern einmal besser geht. Es zeichnen sich zwar neue mögliche Werte ab, wie z. B. Menschenrechte, Empathie, Achtung vor der Natur und Schutz der Umwelt. Im Kapitalismus verspricht aber deren Einhaltung derzeit leider weniger Aufstiegsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Erfolg, als eben ausgerechnet deren Nichteinhaltung.

Fazit: In den hochindustrialisierten westlichen Ländern wird die menschliche Arbeit unaufhaltsam weniger. Ursache ist die steigende Produktivität aufgrund von Maschinisierung und Industrialisierung

These: Für diese absehbare Entwicklung haben Ökonomie und Politik keinerlei zusammenhängendes und langfristiges Konzept. Sie versuchen vielmehr:

- Maschinisierung und Automation als tragischen Verlust von Menschenarbeit darzustellen
- eingesparte Menschenarbeit durch künstliche, überflüssige oder gar schädliche „Beschäftigung“, durch „Arbeitsbeschaffung“ oder Arbeitsverschwendung zu ersetzen und so den Status quo um jeden Preis zu erhalten
- das so entstehende Überangebot zu nutzen, um Menschenarbeit immer mehr zu entwerten
- anderen Ländern durch Zufügen negativer Handelsbilanzen Arbeit abzugeben,
- Arbeit zu verherrlichen, Nichtarbeit zu kriminalisieren,
- durch irreführende Angaben den Eindruck zu erwecken, das Arbeitsvolumen steige wieder an.

Stichworte zu vermeidbarer Arbeit und Arbeitsverschwendung. „Das schafft Arbeitsplätze“.

Sinnlose Überproduktion

Geplanter Verschleiß (gezielter Einbau v. Schwachstellen, Reparatur- und Ergänzungsfeindlichkeit)

Wegwerfartikel (Plastikbehälter, Einwegbehälter, Papiertücher)

Papierverbrauch (unerwünschte Werbesendungen, Verpackung b. Internetversand)

Vermeidbarer Energieverbrauch (Abfackeln von Öl und Gas, Lichtverschmutzung, zu große PKW, Internet)

Landschaftsverbrauch und Gebäudezuwachs trotz Leerstands und gleichbleibender Bevölkerung

Mangelhafte Auslastung (Werkzeugmaschinen, Hochschulen zu 70% der Zeit leer)

Rüstung, Bürokratie, Pharmaindustrie, Verdummungs- und Ablenkungsindustrie

Der prozentuale Anteil dieser vermeidbaren Arbeit ist schwer abzuschätzen. Er dürfte je nach Einschätzung irgendwo zwischen 20 und 30% liegen. Das gewerkschaftsnahe Schweizer „Denknetz“ rechnet sogar mit 50%^[1]. Ohne diese 47,2% vermeidbare Arbeit müssten in Deutschland also höchstens noch 30 bis 47% des Arbeitsvolumens von 1960 erbracht werden:

- Rückgang der geleisteten Jahresarbeitsstunden auf **64,6%**
- Rückgang einschließlich höherer Arbeitslosigkeit auf **59,0%**
- nach Abzug überflüssiger Arbeit auf **30 - 47%**

Diesem Volumen an überflüssiger, „falscher“ Arbeit steht ein riesiges brach liegendes Potential an sinnvoller, gesellschaftsdienlicher, nachhaltiger, „richtiger“ Arbeit gegenüber, die nicht getan wird. Dazu gehören u. a.

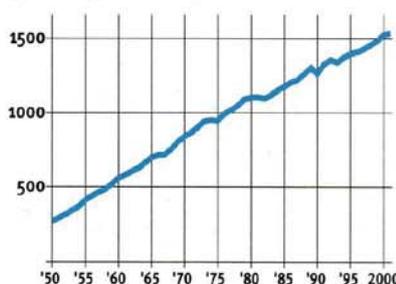
- „Humanarbeit“ in Pflege und Bildung,
- Aufbauarbeit in europäischen Agrarländern und der sogenannten „Dritten Welt“.

Das „World Future Council“^[2] hat errechnet, dass allein durch die Sparpolitik der „Troika“ in Europa jährlich 580 Mio. Euro brach liegen, die für

Gleichwohl: Es darf bezweifelt werden, dass dieses Potential an „richtiger“ Arbeit ausreicht, um sowohl das Volumen an „falscher“ Arbeit zu ersetzen, als auch darüber hinaus die weltweit 202 Mio. Arbeitslosen in 40 Stunden Vollbeschäftigung zu überführen.

Trotz des beschriebenen gewaltigen Rückgangs an aufgewandter Arbeit hat sich in Deutschland das reale (= preisbereinigte) BIP seit 1960 fast verdreifacht. Es ist von 0,6 auf 1,7 Billionen Dollar, also auf 283% gestiegen.

Reales BIP von Deutschland 1950-2001
(in Mrd. Geary-Khamis-Dollar)



Quelle: Maddison, Angus (OECD): The World Economy, 2003, S. 50 ff.

Grafik 2

Mit 61% menschlicher Arbeit werden heute also 283% des realen BIPs von 1960 erwirtschaftet. D. h. die „Produktivität“ (= Wirtschaftsergebnis pro aufgewandter Arbeitsstunde) ist seit 1960 auf das über 4,6-fache gestiegen. Vor dieser gewaltigen Erhöhung des BIP und der Produktivität müssen stets die

1 Gurny, R./ Tecklenburg, U. (Hrsg. 2014): Arbeit ohne Knechtschaft. Ein Denknetzbuch. Zürich.

2 World Future Council (gegr. v. Jacob v. Uexküll): Bericht 2014

1.2 Menschliche Arbeit wird immer mehr entwertet

Entwertung der Arbeit
Europa 2013

Lohn der Niedrigverdiener < 2/3 des nationalen Durchschnittslohnes

niedrigster	Litauen	1,67 Euro
zweitniedrigster	Deutschland	9,54 Euro
drittniedrigster	Zypern	9,85 Euro
:		
höchster	Dänemark	15,80 Euro

(Quelle: Institut für Arbeits- und Berufsforschung des BfA, SZ vom 26. 7. 2013)

Deutschland 2013 – Prozentangaben bezogen auf 41,5 Mio. Beschäftigte

- 25,1% entspr. 10,4 Mio. Niedrigverdiener mit weniger als 9,54 € brutto pro Std.
- 19,1% entspr. 7,9 Mio. atypisch Beschäftigte (im Jahr 2011). (1991: 16%)
- 9,6% entspr. 4,0 Mio. mit weniger als 7,00 Euro brutto pro Stunde
- 6,4% entspr. 2,7 Mio. mit erforderlichem Zweitjob
- 3,4% entspr. 1,4 Mio. Aufstocker m. durchschn. 6,20 €/Std. (6,80 € West; 5,20 € Ost)
- 2,0% entspr. 822 Tausend Leiharbeiter (im Jahr 2012)

25 % aller ostdeutschen Tariflöhne lagen unter 8,50 € brutto pro Stunde

15,6% der deutschen Bevölkerung, also 12,6 Mio. Menschen, waren armutsgefährdet, mit einem Bruttoeinkommen unter 940 € pro Person und Monat

7,7% der deutschen Bevölkerung (6,2 Mio. Menschen) waren Hartz-IV-Empfänger

Prozentangaben zur Bevölkerung bezogen auf 80,5 Millionen Einwohner

zers von Aldi Nord. Im Maßstab der Grafik 3 müsste dieses Vermögen – also die äußerste rechte Kante der rechten, reichsten Säule – 2,07 Kilometer hoch sein.

8,8 mm Durchschnittsvermögen gegen 2,07 Kilometer reichstes Vermögen – das ist die Dimension der Ungleichverteilung in Deutschland.

Dieses bis jetzt bereits erreichte Ausmaß der Ungleichverteilung ist von der Bevölkerung überhaupt noch nicht begriffen worden. Das Nettogesamtvermögen eines der beiden Aldi-Brüder ist über 235.000 mal so groß, wie das Durchschnittsvermögen der Deutschen. In den USA, den Golfstaaten, Russland und China sind die Unterschiede allerdings bereits noch größer. Hier soll auch keineswegs der Enteignung der Aldi-Brüder das Wort geredet werden. Zumal nicht der Enteignung von aktivem Betriebsvermögen. Aber man sollte in einem zivilisierten Land eigentlich erwarten können, dass derartige Vermögen angemessen besteuert werden, besonders da, wo sie größtenteils aus Lohndumping resultieren. Was wäre denn bei einer angemessenen Vermögenssteuer passiert? Das Imperium wäre etwas langsamer gewachsen – das ist alles. Mit nur 1,5% auf dieses eine einzige Privatvermögen könnten sämtliche Straßen des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ein Jahr lang instand gehalten werden.

Diese Zahlen zeigen auch, wie irreführend das Zehnsäulen-Diagramm des DIW (Grafik 3) ist. Die eigentliche Ungleichverteilung spielt sich in den äußersten 0,1 mm der reichsten, rechten Säule ab. In der Abbildung ist nur der 69 millionste Teil davon abgebildet. Würde man die ganzen 2,07 Kilometer in einem entsprechenden Maßstab abbilden wollen, bekäme man eine unendlich dünne horizontale Linie, aus deren rechtem Ende sich eine ebenso unendlich dünne Vertikale erhebt. Der SPIEGEL hatte das schon 1969 erkannt, als er noch das „Sturmgeschütz der Demokratie“ war und Springer ein gegnerischer Verlag. In der legendären Titelgeschichte „Paradies der Reichen“ heißt es in Nr. 31/69 auf S. 39: „Zur Creme des Landes zählen 305 000 Familien. Ihnen – genau 1,7% der Haushalte – gehören 35 Prozent aller privaten Vermögen und 70 Prozent aller Produktionsmittel. Die westdeutsche Sozialpyramide gleicht einer Platte, aus deren Zentrum eine Nadel aufragt.“

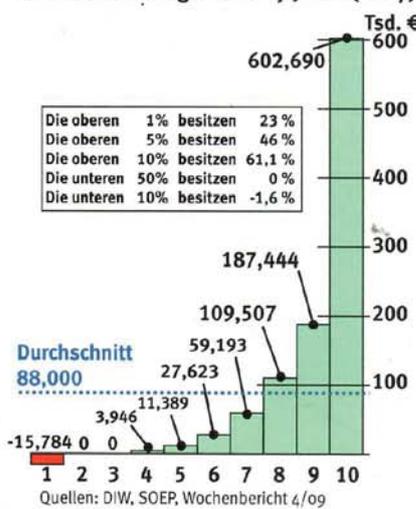
1.3 Das bereits erreichte Ausmaß der Ungleichverteilung

2009 veröffentlichte das DIW die erste große Untersuchung über die Vermögensverteilung in Deutschland mit Zahlen von 2007. Das Ergebnis ist in dem hier abgebildeten 10-Säulen-Diagramm zusammengefasst.

Definition: Nettogesamtvermögen sind definiert als „Summe aller geldwerten Güter... nach Abzug aller Verbindlichkeiten vom Bruttovermögen“. Also die Summe aller Immobilien, Betriebsvermögen, Beteiligungsvermögen (Aktien), Versicherungsansprüche, sowie 50% aller Geldvermögen nach Abzug vor allem von Hypotheken- und Konsumentenkrediten, jedoch ohne Hausrat, und haushaltseigene Kfz.

Betrachten wir einmal die rechte, die reichste Säule: Ihr Mittelwert liegt bei 600.000, ihr niedrigster Wert an ihrer linken Kante laut Untersuchungstext bei 220.000 Euro (1 cm = 100.000 Euro). Wer ein schuldenfreies städtisches Einfamilienhaus im Wert von 220.000 Euro besitzt gehört also schon zu den 10% Reichsten.

Verteilung der Nettogesamtvermögen aller Bundesbürger über 17 Jahre (2007)



Grafik 3

Bei 40% Besitzern von Wohnimmobilien in Deutschland zeigt das, dass die meisten Immobilien hoch verschuldet sind.

Über den rechten Rand der Säule sagt die Untersuchung nichts aus. Dort liegt das größte Nettogesamtvermögen Deutschlands. Das sind die 20,7 Mrd. des 2010 verstorbenen Theo Albrecht, des Besit-

Neben diesem Ausmaß der Ungleichverteilung werden zwei weitere Elementartatsachen nicht begriffen:

A) Die Ungleichverteilung wird in erster Linie durch die privaten Vermögensunterschiede bestimmt und erst in zweiter Linie durch die Einkommensunterschiede.

Betrachten wir drei verschiedene Vermögen und Einkommen:

Größtes Privatvermögen in Deutschland
= **20.700.000.000 € (20,7 Mrd. €)**

Großes Bruttojahreseinkommen (VW-Chef Winterkorn)
= **17.500.000 € (17,5 Mio. €)**
netto nach 45% Spitzensteuersatz
= **9.600.000 € (9,6 Mio. €)**

Geringes Nettojahreseinkommen (z. B. Friseurin)
= **9.360 €**

Jetzt kann man verblüffende vergleichende Berechnungen anstellen: **2.150 Jahre** müsste VW-Chef Winterkorn mit seinem Netto-Jahreseinkommen von 9,6 Mio. € arbeiten, um das Aldi-Vermögen von 20,7 Mrd. € zu erwirtschaften. **1.026 Jahre** müsste eine Friseurin arbeiten, um das Nettojahreseinkommen von VW-Chef Winterkorn zu erwirtschaften. **2.200.000 (2,2 Mio.) Jahre** müsste eine Friseurin arbeiten, um ein Aldi-Vermögen von 20,7 Mrd. € zu erarbeiten usw., usw... Selbst diese Zahlen sind noch viel zu tief gegriffen, weil ja der Eigenverbrauch noch nicht eingerechnet ist. Wahrscheinlich müsste also der viel geschmähte VW-Chef bei seinem vermutlichen Lebensstil wenigstens **3.000 Jahre** arbeiten, und die Friseurin, deren Armutseinkommen ja zu fast 100% für den Eigenverbrauch draufgeht, mindestens **20 Millionen Jahre**.

Allen „Hollandes“, allen Grünen und rosa Sozialdemokraten dieser Welt, die heute für sich „die Mitte“ beanspruchen, also bitte ins Stammbuch: **Eine „Reichensteuer“ auf Einkommen bringt zwar ordentlich Geld in die Staatskassen. An der Ungleichverteilung ändert sie aber wenig.** Die Ungleichverteilung ist nicht durch eine 1%-ige, durchgehend gleiche Einkommens- und Vermögenssteu-

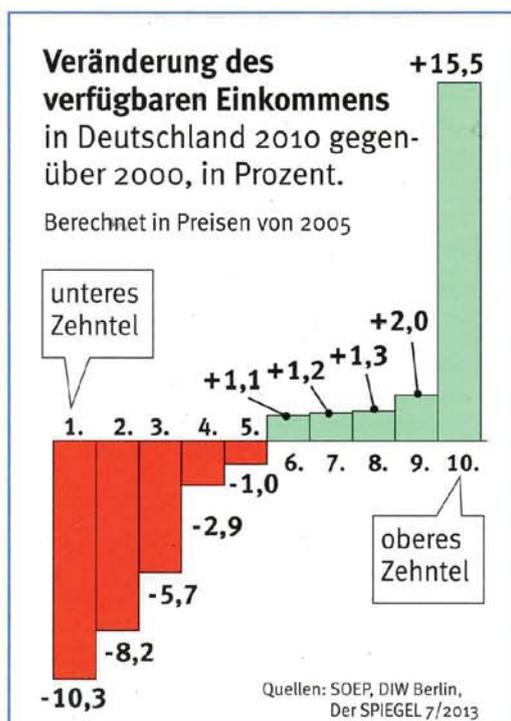
er von 50.000 € Einkommen bis 20 Mrd. € Vermögen zu bremsen, sondern nur durch eine stark progressive Besteuerung der privaten Vermögen ab 500.000 €. Das wurde nicht nur von mir bereits 2004 in meinem Buch „Geld oder Leben“ gefordert.³⁾ Das fordert inzwischen u. a. auch die internationale Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam in ihrem Bericht,⁴⁾ den sie zum Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos 2014 vorgestellt hat. Auch sie sagt, die Ungleichverteilung sei inzwischen zu einer Gefahr für die Demokratie geworden, weil die Regierungen weltweit nur noch den Interessen der reichen Eliten dienen. Immerhin bringen 5% jährlich auf ein Vermögen von 20 Mrd. Euro so viel, wie 1% auf vier Millionen Jahreseinkommen von 50.000 €.

B) Das Sozialprodukt ist zu jedem Zeitpunkt eine feste, endliche Größe. Es kann nur einmal verteilt werden.

Viele Leute glauben, wenn ein Milliardär sich für vier Millionen eine Privatjacht bauen lässt, schaffe er für viele Leute zusätzliche Arbeit, die ohne ihn nicht geschaffen würde. Solche Vorstellungen verraten ein elementares Unverständnis von Ökonomie, das von den Think-

tanks der Oligarchen nach Kräften gefördert wird. Der US-Milliardärs-Präsident Kennedy behauptete einst: „Die steigende Flut hebt alle Boote“. Daraus entstand die sogenannte „Trickle-Down-Theorie“: „Wenn nur die Reichen genug haben, tropft für die Armen schon genug herab“. Oder aus der ersten Regierungserklärung der ersten deutschen Bundeskanzlerin: „Wir können den Schwachen nur dann etwas abgeben, wenn wir genügend Starke haben, die die anderen mitziehen“. Ein unsäglicher und entlarvender Satz. Wer ist „wir“ und wer gibt wem etwas ab? Nicht nur,

dass die Politik sich da durch das „wir“ mit den „Starken“ solidarisiert. Die Ökonomie wird praktisch auf den Kopf gestellt: Da geben die Abschöpfenden plötzlich den Wertschöpfenden etwas ab. Das erinnert an Deutsche-Bank-Ackermann, der im Mannesmann-Prozess behauptete, der Verkauf von Mannesmann an Vodafone sei „Wertschöpfung“ gewesen und nicht etwa Abschöpfung. Verständlich, dass sich die Abschöpfer gerne als Wertschöpfer darstellen möchten. Vielleicht hat ihm die Kanzlerin deshalb auf unsere Kosten seine Geburtstagsfeier im Kanzleramt ausgerichtet. Richtig ist: Man kann genau ausrechnen, wie viele Schul-Essen oder Schulbücher man für die vier Millionen kaufen könnte, wie viele marode Brücken man davon reparieren könnte, wenn dafür keine Yacht gebaut würde. Richtig ist auch: Ohne Wertschöpfer hätten die Abschöpfer weder was zum Abschöpfen, noch was zum „Abgeben“. Das Dramatische an dieser Entwicklung insgesamt ist aber: Sie wird nicht nur nicht besser – sie wird immer schlimmer: Der Anstieg der Ungleichverteilung beschleunigt sich. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer (siehe Grafik 4).



Grafik 4

3 Moewes, G. (2004): Geld oder Leben. Wien, München.

4 Oxfam-Studie zu Reichtum (2014): stern.de

Zitate zur Ungleichverteilung

Die wachsende Ungleichverteilung ist „das größte ökonomische Problem des 21. Jahrhunderts...Die Gesellschaft zerfällt immer stärker in eine kosmopolitische Klasse, die weltgewandt und vermögend, bestens gebildet und bezahlt ist – und in eine lokale Klasse, die Unter- und Mittelschicht, deren Mitglieder real kaum mehr verdienen als vor zwanzig Jahren und froh sind, wenn sie ihren Job nicht verlieren.“

Robert Shiller, Wirtschaftsnobelpreisträger 2013

„Der Klassenkampf ist wieder unterwegs, dieses Mal mit den Plutokraten als Angreifern.“

Paul Krugman in „The Undeserving Rich“, New York Times, 24. 1. 2014, Beilage SZ

„Wenn in Deutschland 0,5 % der Bevölkerung 25 % der Geldvermögen besitzen, ist das nicht hinnehmbar.“

Michael Müller, stellv. Vors. d. SPD-Bundestagsfraktion

„Das System dieser wachsenden Ungleichverteilung ist...mathematisch exponentiell. Exponentielle Kurven beginnen immer horizontal und harmlos...Am Ende aber schießen sie vertikal ins Nichts und sterben irgendwann den Sternentod...Vor der Supernova aber kommt die ‚Plutokratie‘, die ungeschminkte Herrschaft der Milliardäre.“

Günther Moewes, Klappentext „Geld oder Leben“, 2004

„Viele Europäer haben in der Bankenkrise zu verstehen begonnen, dass sie mit ihrer Lebensarbeitskraft versklavt werden, damit eine Oligarchie...immer reicher und immer mächtiger wird.“

Leserbrief in DIE ZEIT v. 9. 1. 2014

Ausmaß der Armut in Deutschland

Private Armut

15,6 % der deutschen Bevölkerung (12,6 Mio.) sind armutsgefährdet (Bruttoeinkommen unter 940 € pro Person und Monat)

7,7 % der deutschen Bevölkerung (6,2 Mio.) sind Hartz-IV-Empfänger

25 % aller ostdeutschen Tariflöhne lagen unter 8,50 € brutto pro Stunde

25 % Niedriglöhner, mit weniger als 9,84 € brutto/Std.; 2006 waren es 18,7%

2,4 % aller Beschäftigten sind Zeitarbeiter (0,8 Millionen)

(Quellen: DIE ZEIT 27. 9. 2013 u. 7. 11. 2013, Westf. Rundschau 5. 11. 2013, SZ 24. 12. 2013)

Vergleichende Rechnung:

Wird 1 % vom Vermögen der 50 reichsten Deutschen (253,65 Mrd. €), also 2,536 Mrd. €, an die 6,2 Mio. Hartz-IV-Empfänger ausbezahlt, erhält jeder einzelne ein Jahr lang 34,- € pro Monat.

Öffentliche Armut

Infrastruktur

Autobahnbrücken monatelang für Laster gesperrt

Mainzer Hauptbahnhof wochenlang geschlossen

Nordostseekanal zehn Wochen gesperrt

Schul- und Hochschulgebäude marode

Straßen- und Eisenbahnnetz überaltert

Bildung

Bildungsausgaben entsprechen 5,3 % des BIP (OECD-Durchschnitt: 6,2 %)

1,5 Mio. Jugendliche im Alter von 25 bis 30 Jahren ohne Berufsausbildung

50.000 Jugendliche pro Jahr verlassen die Schule ohne Abschluss

Bei allen internationalen Rankings unter Durchschnitt

nur 20 % mit höherem Bildungsabschluss als deren Eltern (international 37 %)

In NRW fehlen 380 Mio. € für Straßenreparaturen = 1,8 % des Aldi-Vermögens

Das damalige Verständnis von Arbeit als Qual lässt sich auch etymologisch ableiten:

Das Wort „Arbeit“ kommt von indogermanisch „orbho“ (= Arbeitsweise) und dem althochdeutschen „arabeid“ (von „arbe“ = Knecht). Das russische „robot“ kommt von „rab“ (= Sklave), das französische „peine“ und die deutsche „Pein“ von griechisch „ponos“. Und „travail“ von „tripilore“ und „tripallium“ (= quälen, Beschlagpferch). Selbstbestimmte (meist höfische) Entfaltungsarbeit hieß „opus“, „oeuvre“ oder „werk“.

Auch „Arbeitsbeschaffung“ durch die „Freien“ für die „Unfreien“ gab es bereits in allen Phasen der Geschichte. Sie diente vor allem

- der Erzeugung von politischer Macht
- der „Beschäftigung“ und Vorbeugung gegenüber Aufsässigkeit
- der Vortäuschung von Wohltätigkeit
- der Verherrlichung der Herrschenden durch Prachtbauten.

Bei dieser Konstitution von Herrschaft spielte die Bauarbeit stets eine große Rolle. Der britische Physiker Mendelsohn hat 1987 nachgewiesen, dass sich die Bauzeiten der Pyramiden stets so überschneiden, dass sie die durchgehende Beschäftigung eines gleichbleibenden Arbeitssheeres ermöglichten⁵. In Indien wurden die gewaltigen Prachtpaläste der Maharadschas noch im 20. Jahrhundert stets während der großen Hungersnöte gebaut und als „Dürrehilfen“ („Drought Reliefs“) deklariert. Dass die Nahrungs-

5 Mendelsohn, K. (1987): Das Rätsel der Pyramiden. Bergisch Gladbach.

2. Ursachen

2.1 Ursachen der Verherrlichung von Arbeit

Fremdbestimmte Arbeit wurde in allen vorindustriellen Gesellschaften stets als Qual empfunden, als Vertreibung aus dem Paradies, als Strafe für den

Sündenfall. In der antiken Sklavengesellschaft wurde die Arbeit von „Freien“ an Sklaven delegiert. Der „Freie“ war vor allem frei von Arbeit. Die Befreiung von Arbeit war über Jahrtausende hinweg vornehmstes Menschheitsziel. Diese Linie des Arbeitsverständnisses nenne ich die „ehrliche Linie“.

mittel nicht erst durch den Palastbau entstanden, ging den indischen Arbeitern nicht auf. Zum Nachdenken hatten sie keine Zeit. An diesem riesigen Täuschungsgemälde, wonach das Recht auf Ernährung nur durch künstliche Arbeitsbeschaffung zu gewährleisten sei, hat sich bis heute wenig geändert.

Dieses Arbeitsverständnis änderte sich grundlegend mit dem Beginn der Industrialisierung um etwa 1800. Bis zur Industrialisierung war keinerlei Versuch unternommen worden, Qualarbeit zu verherrlichen. Der Müßiggang der Eliten und der Arbeitszwang für die breite Bevölkerung wurden vielmehr als gottgewolltes Schicksal dargestellt. Die verschiedenen gesellschaftlichen Rollenzuweisungen wurden regelrecht uniformiert. Bauern durften z. B. keine farbige Kleidung tragen, sondern nur ungefärbte braune oder graue. Auf der anderen Seite wurden die Ausweise der Nichtarbeit immer mehr kultiviert, von feiner, zur Arbeit absichtsvoll ungeeigneter Kleidung, wie Krinolinen, Schleppen und Spitzenmanschetten, über Perücken und Spitzhüte bis hin zum heutigen „white collar“ und zu überlangen Fingernägeln. Reste solcher Rollenspiele zwecks Prominenz-Erzeugung kann man auch heute noch beobachten, z. B. bei Grundsteinlegungen, ersten Spatenstichen oder dem ominösen Schleifenzupfen der Prominenten bei Kranzniederlegungen.

Wie der arbeitenden Bevölkerung damals die gottgewollte „Arbeitsteilung“ vermittelt wurde, zeigt ein Holzschnitt von Johannes Lichtenberger aus dem Jahre 1488.



„Ständeordnung“; Quelle: wikimedia.org, Gemeinut

Er zeigt die damaligen „drei Stände“ und deren Aufgaben: den Klerus („du bete demütig“), den Feudaladel („du schütze“) und die übrigen 99% der Bevölkerung („du arbeite“). Die ewig-alte Weltordnung: unten die Wertschöpfer, darüber die Abschöpfer und oben der Schöpfer. Das war damals keineswegs als ironische politische Anklage gemeint, sondern als Erziehungsflugblatt. Man kann ganze Kabarettensendungen mit der Frage bestreiten, was sich wohl seit damals geändert hat. An die Stelle des Klerus ist heute die Wirtschaft getreten. „Die Religion unserer Zeit heißt »Wirtschaft«. Wie früher die Kirche stellt sie die Gurus, die Lebensregeln, die höchsten Gebäude und erzwingt den Kottau der Politik“⁶.

Mit der Industrialisierung änderten sich Arbeit und Arbeitsbegriff grundlegend:

- Maschine und Fließband schaffen eine völlig neue Form von Qualarbeit und „Verschleißjobs“,
- der bisherige Unterschied zwischen Qualarbeit und höfischer Entfaltungstätigkeit wird absichtsvoll verwischt. Beide werden fortan als „Arbeit“ deklariert,
- es beginnt die Verherrlichung der Qualarbeit. Das bisherige Privileg Nichtarbeit wird zur Sünde erklärt.

Im ausgehenden Mittelalter hatten die höfischen Eliten bereits versucht, auch ihre eigenen Edeltätigkeiten, wie Ritterspiele und Jagd, als „Arbeit“ auszugeben, um zu verschleiern, dass sie sich eben dieser trickreich entzogen hatten. Im 19. Jahrhundert schließlich wurde der Adel durch seinen Niedergang gezwungen, seine ehemals höfischen Edeltätigkeiten als Arbeit zu deklarieren, um einen Lohnanspruch zu rechtfertigen. Aus den bisherigen Festungsbaumeistern, den sogenannten „Kavalieren“, wurden die Militäringenieure und späteren Architekten. Spätestens jetzt wurde die „ehrliche Linie“ vollends verlassen. Heute wird alle bezahlte Tätigkeit „Arbeit“ genannt. Alle wollen ihre Tätigkeit „Arbeit“ nennen, aber niemand will sich „Arbeiter“ nennen.

Mit der Industrialisierung kehrte sich also das Arbeitsverständnis völlig um: Es begann ein regelrechter Kreuzzug zur Verherrlichung der Arbeit. Verherrlicht wurden nicht etwa nur die selbstbe-

stimmten Entfaltungstätigkeiten, sondern vor allem auch die fremdbestimmte Qualarbeit. Lieder schwärmten vom Glück des Bergmanns, des Bauern und des wackeren Handwerksmanns. Linke Soziologen wie Maria Jahoda und rechte Arbeitsmediziner und Tüchtigkeitsideologen beschrieben die entsetzlichen Folgen und psychologischen Deformationen durch Arbeitslosigkeit. Man übersah geflissentlich, dass diese negativen Folgen wohl nicht in erster Linie aus der Nicht-Arbeit resultierten, sondern vor allem aus deren Nicht-Bezahlung und Diskriminierung. Man übersah, dass weder die höfischen Eliten sonderlich unter der Nicht-Arbeit gelitten hatten, noch jene raffinierten Zeitgenossen, die genüsslich von Vermögen, Mieten und Zinsen lebten. Gleichwohl war diese Verherrlichung auch der Qualarbeit damals wohl historisch notwendig: Zum einen erforderte die Frühzeit der Industrialisierung ein bis dahin nicht gekanntes Arbeitsvolumen. Zum anderen galt es, das Selbstwertgefühl der Arbeitenden gegenüber Bürgertum und Kapitaleseite zu stärken.

Heute kann eine angemessene Rolle der Arbeit nicht mehr durch unsinnige Verherrlichung erreicht werden, sondern nur durch angemessene Verteilung. Und das heißt vor allem durch Beseitigung ihres Überangebots, durch ihre Verknappung.

2.2 Ursachen von Entwertung und Ungleichverteilung

2.2.1 Überangebot infolge Abnahme

Bis etwa 1992 war der ständigen Abnahme der Arbeit noch teilweise durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit Rechnung getragen worden:

Jahr:	1876	1900	1918	1965	1990
Wochenstd.:	80	60	48	40	35

Ab 1992 wurde die Arbeitszeit im Zuge des aufgekommenen Neoliberalismus plötzlich nicht mehr weiter verkürzt. Teilweise wurde sie sogar wieder verlängert. Zuerst wurde 1992 in den Bundesländern Bayern, Hessen und Thüringen die Wochenarbeitszeit für Beamte wieder auf 42 Stunden verlängert. Ab 2010 wurde dann im Zuge der Agenda 2010 die Lebensarbeitszeit stufenweise auf 67 Jahre erhöht. So wurde gezielt ein Überangebot produziert. Dieses Überangebot wurde beschönigend

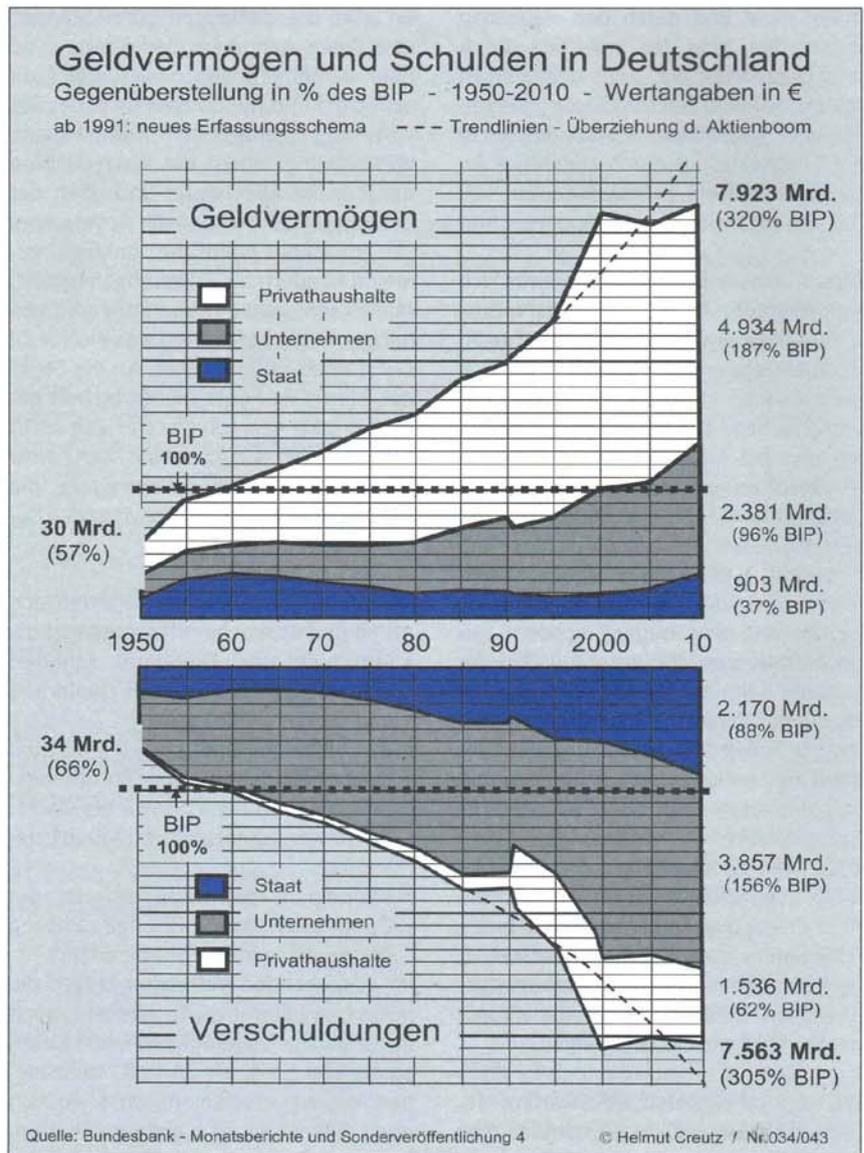
6 Moewes, G. (2000): Zu viel Geld in falschen Händen. In: Detail 4 / 2000, S. 593, München.

als „hartnäckige Nachfrageschwäche“ ausgelegt, die wiederum mit den knappen Kassen begründet wurde. Ursache der knappen Kassen war aber natürlich nicht zu wenig geleistete Arbeit, sondern die tatenlos zugelassene Überentwicklung der privaten Großvermögen. Die Kapitaleseite konnte so mit ihrer neoliberalen Strategie gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie konnte gleichzeitig die Arbeit per Überangebot entwerten, die so entstehenden Rückgänge der Arbeitseinkommen zusätzlich auf ihre Konten leiten und so die Überentwicklung ihrer privaten Geldvermögen noch weiter steigern.

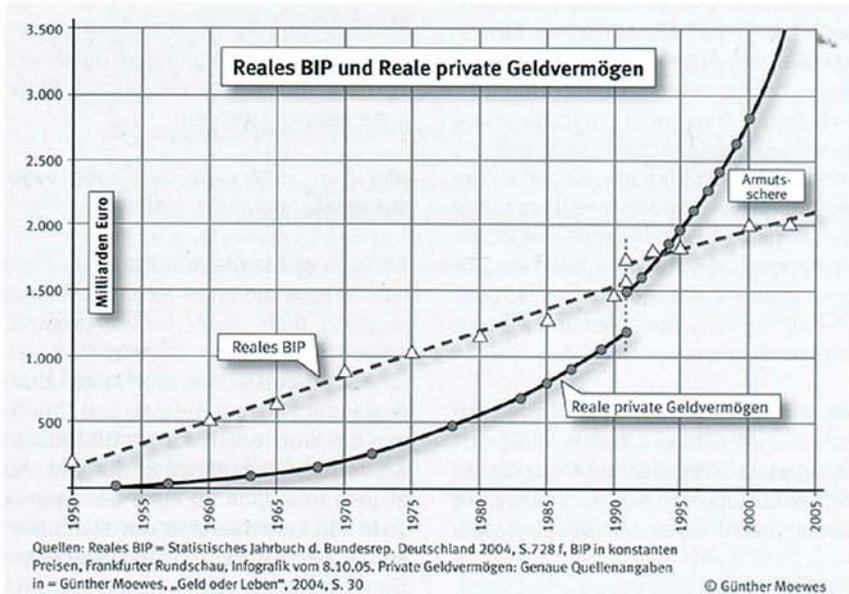
2.2.2 Auseinanderentwicklung von BIP und privaten Geldvermögen

In den 60er Jahren glaubte man, das Sozialprodukt steige exponentiell an. Tatsächlich steigt das reale (= preisbereinigte) BIP aber nicht exponentiell an, sondern seit 1950 nur streng linear (Grafik 2, S. 5). Die aufsteigende Gerade bleibt völlig unbeeinflusst von Konjunktur, Ölkrise, Wiedervereinigung etc. Exponentiell steigt nur das nominale (nicht preisbereinigte) BIP an.

In Grafik 5 ist die Entwicklung des realen BIP und der realen privaten Geldvermögen dargestellt. Es sind die Schicksalskurven hoch entwickelter Wirtschaftsnationen. Während das BIP real streng linear ansteigt, steigen die privaten Geldvermögen auch real exponentiell an. Bis 1972 steigt das reale BIP schnell-



Grafik 6



Grafik 5

ler an als die Geldvermögen. Das war die goldene Zeit der Bundesrepublik, als die Marktwirtschaft tatsächlich noch „sozial“ genannt werden konnte. Die damaligen Unternehmertypen (Borgward, Bosch, Grundig usw.) setzten sich noch für ihre Mitarbeiter ein und waren keine Finanzjongleure. Von Bosch stammt der Ausspruch, mehr als 600.000 DM pro Jahr könne man sowieso nicht ausgeben.

Ab 1972 beginnen die realen privaten Geldvermögen schneller anzusteigen als das reale BIP. Der Abstand zwischen beiden Kurven beginnt sich zu verringern. Ursache ist keine ökonomische oder politische Maßnahme oder Veränderung, sondern schlichte Mathematik. Exponentielle Kurven steigen zu Anfang stets horizontal und harmlos an. Am

Ende schießen sie vertikal ins nichts. Daran könnten sie nur durch sehr entschlossenes staatliches Handeln gehindert werden. Um 1990 überholen die privaten Geldvermögen erstmals das BIP. Das hat nichts mit der Wiedervereinigung zu tun. Es wäre auch ohne sie eingetreten. In der äußerst anschaulichen Grafik Nr. 034/043 von Helmut Creutz (Grafik 6) findet dieses Überholmanöver auch statt, allerdings bereits 1980. Von diesem Zeitpunkt an sind die bestehenden privaten Geldvermögen (weiß) erstmals größer als das jährlich erwirtschaftete BIP (= 10 Kästchen).

Nach diesem Überholmanöver tritt die Ungleichverteilung in eine neue Qualität ein. Mit einiger Vergrößerung kann man auch sagen: erstmals sind die privaten Geldvermögen größer als alle in einem Jahr erwirtschafteten Leistungen. Margrit Kennedy war der Meinung, dies erzwänge ständig die Anpassung der Realwirtschaft und erzeuge so einen Wachstumszwang. Richtig ist wohl in jedem Fall:

Der Teil der privaten Geldvermögen, der über das bisher jährlich erwirtschaftete BIP hinausgeht, könnte theoretisch natürlich fortlaufend dazu benutzt werden, global jene notwendige, „richtige“, aber brach liegende Arbeit zu finanzieren, von der in Kapitel 1.1 die Rede ist. Stattdessen dient er aber kaum noch der Realwirtschaft, sondern in erster Linie der Abschöpfung leistungsloser Renditen von der (von Anderen) erarbeiteten Wertschöpfung.

An dieser Stelle kommt oft der Einwand: Bei den heutigen Niedrig- oder gar Negativzinsen kann das doch keine nennenswerte Rolle mehr spielen. Dieser Einwand vergisst sowohl die Unzahl neuer Finanzkonstruktionen als auch den „Zins im Preis“. Heute wird der Bau aller Produktionsstätten über Kredite finanziert und die Zinsen werden dann auf die Produktpreise aufgeschlagen. Die Energiepreise z. B. enthalten dann die Zinsen der Erzkbergwerke, Hüttenwerke, Röhrenwerke, Pipelineverlegungen, Stadtwerke usw. Zusammen addieren die sich über die Wertschöpfungsketten auf bis zu 70% „Zins im Preis“. Und das sind nicht etwa die heutigen Niedrigzinsen, sondern die Zinsen von vor 10-20 Jahren. Und diese Billionen Zinsen und Renditen erhalten ja nicht

etwa die Staaten, die Wertschöpfenden oder die Bevölkerungen, sondern ausgerechnet diejenigen, die sowieso schon das meiste Geld haben und es deshalb anlegen und verleihen können: Milliardäre, Sammelfonds, asiatische Staatsfonds und Finanzmärkte. Das ist die eigentliche Ursache, warum nur die Großvermögen ständig zulegen und die der übrigen 90% der Bevölkerung wenig oder gar nicht. Durch den „Zins im Preis“ sind über 90% der Bevölkerung Zinsverlierer. Und das beschleunigt sich ohne Staatseingreifen immer rasanter. Das ist die wahre Ursache der Auseinanderentwicklung von BIP und privaten Geldvermögen. Und die Staaten sehen tatenlos zu, wie die Oligarchen hohnlachend die Demokratie begraben.

Die Auseinanderentwicklung von BIP und privaten Großvermögen ist also nicht primär Politikergebnis. Sie ist vielmehr Ergebnis eines lautlosen mathematischen Automatismus, nämlich der unterschiedlichen Entwicklung linearer und exponentieller Verläufe und ihrer charakteristischen Spätzeitendramatik. Das macht den Kapitalismus so schwer durchschaubar. Die Politik kann mit einem gewissen Recht sagen: Wir haben die steigende Ungleichverteilung doch gar nicht veranlasst. Ihre Schuld besteht nicht im Tun, sondern im Unterlassen. Nur ein starker Staat könnte diesen fatalen Automatismus durch entschlossenes Gegensteuern aufhalten. Diesen entschlossenen Staat gibt es nirgends. Stattdessen gibt es die Oligarchen mit Ihren Thinktanks und ihren Finanzmärkten,

die sich diesen fatalen Automatismus lachend zunutze machen, die weiter zynisch fordern „Privat vor Staat“, ohne dass ihnen jemand ernstlich in den Arm fällt.

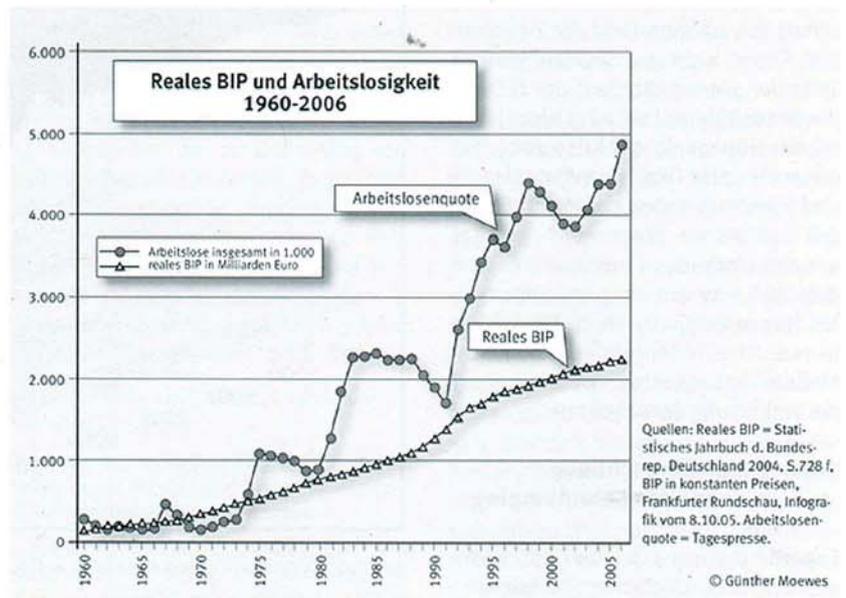
In den folgenden kleinen drei Kapiteln möchte ich zeigen, wie Ungleichverteilung und Entwertung von Arbeit selbst durch solche Vorgänge ausgelöst werden, bei denen man das gemeinhin nicht vermutet, weil sie uns gern als besondere Positivbeispiele für wirtschaftlichen und sozialen Erfolg dargestellt werden: Wachstum, Exportüberschüsse und die beitragsfinanzierte Altersversorgung.

2.2.3 Wachstum gegen Arbeitslosigkeit?

Behauptung: Je geringer das Wachstum, desto größer die Arbeitslosigkeit.

Richtig ist: Je größer das reale BIP, desto größer langfristig die Arbeitslosigkeit (siehe Grafik 7). Das reale BIP wuchs nicht trotz, sondern dank der unaufhaltsamen Abnahme menschlicher Arbeit und der Zunahme der Maschinenarbeit.

Nun ist ja das BIP nicht das Gleiche wie das „Wachstum des BIP“. Da das reale BIP in Deutschland streng linear steigt (Grafik 2), sind seine Zuwächse immer gleich. Man fragt sich, weshalb das Wachstum dann in Prozenten gemessen wird? Man kann ja verstehen, dass man das Wachstum z. B. in China noch



in Prozenten misst, wo es auch real noch exponentiell ansteigt. In hochindustrialisierten Ländern mit hoher Ausgangsproduktion kann das reale BIP in Spätzeiten aber nur noch im extremen Mikrobereich schwanken. Eine Messung in Prozenten des nominalen BIP kann deshalb nur bedeuten, dass man Mikroschwankungen der Inflation im Monatsbereich misst. Wachstum ist hier nicht nur schädlich, sondern seine Messung auch mathematisch abstrus. Mögliche Erklärung für eine derart abstruse Messmethode: Da in Wirklichkeit das BIP real immer nur steigt, wollte man unbedingt eine mathematische Ableitung haben, die auch mal fällt. Denn mit bloßem Anstieg lässt sich schlecht orakeln und Druck auf die Arbeitenden ausüben. Für diese Deutung sprechen auch andere merkwürdige Begriffsbildungen wie „Nullwachstum“ und „abnehmendes Wachstum“, bei denen ja das reale BIP auch meist munter weiter ansteigt. Ebenso wie z. B. die Staatsverschuldung auch bei sogenannter „Verringerung der Neuverschuldung“ in Wirklichkeit munter weiter ansteigt. Alles Sprachtäuschung zwecks Ideologierziehung. Gipfel dieser Abstrusitäten sind die sogenannten „Kondratieffschen Wellen“, die man trotz streng linearen Anstiegs in der 2. mathematischen Ableitung erzeugen kann. Dafür sollte es sogar mal den fingierten Wirtschaftsnobelpreis der schwedischen Reichsbank geben. Seriöse Wirtschaftsvoraussagen lassen sich mit solchem Hokuspokus jedenfalls nicht machen.

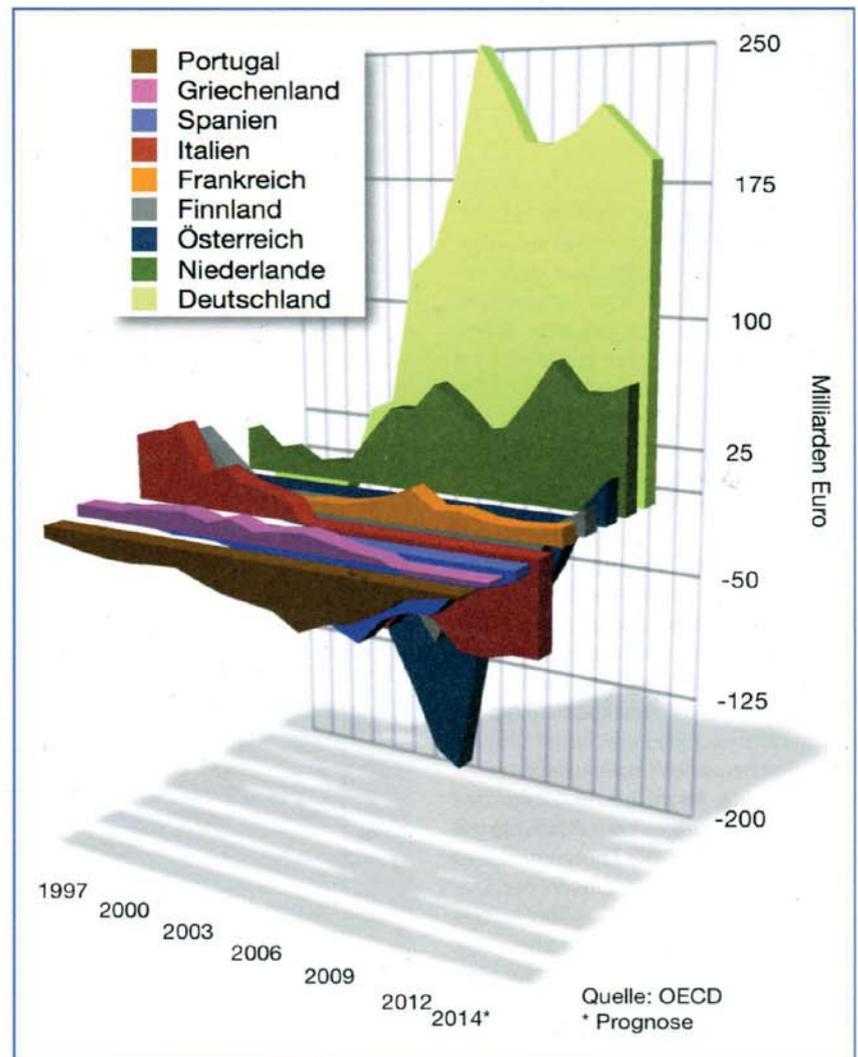
Im Übrigen zeigt sich am Beispiel USA, dass auch eine Überflutung der Wirtschaft mit billigem Geld die Abnahme der Arbeit nicht aufzuhalten vermag. Trotz der „Abermilliarden“ der FED war die Beschäftigtenzahl 2013 nicht höher als am Höhepunkt der Krise 2009. Sogenannte „Star-Ökonomen“ wie Hansen und Summers haben dafür den Begriff der „säkularen Stagnation“ geprägt, um den Eindruck zu erwecken, es handle sich hier um ein unbeeinflussbares Naturereignis. In Wirklichkeit könnte es durch eine sehr einfache politische Maßnahme abgestellt werden: durch die Verkürzung der Arbeitszeit.

2.2.4 Exportüberschüsse = doppeltes Lohndumping

Exportüberschüsse werden uns gern als Ergebnis deutscher Tüchtigkeit dargestellt, als „spektakulärer Erfolg

der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten“ (Hans-Ulrich Jörges, STERN 1/14). Exportüberschüsse erzielen, heißt aber immer auch, anderen Ländern negative Handelsbilanzen zuzufügen. Grafik 8 zeigt das sehr plastisch: Die Überschüsse Deutschlands und der Niederlande drücken alle anderen Euro-Länder ins Minus. „Arbeitsdiebstahl“ habe ich das schon in den 90 er Jahren genannt und „doppeltes Lohndumping“: Um Exporterfolge zu erzielen, betreibt man Lohndumping im eigenen Land, fügt dadurch anderen Ländern negative Handelsbilanzen zu und zwingt die so, ebenfalls Lohndumping zu betreiben, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Deutschlands Exportüberschüsse sind u.a. so groß, weil es in der EU die zweithöchste Zahl an Niedrigverdienern mit den zweitgeringsten Stundenlöhnen hat.

Deutschland hat in den letzten 10 Jahren knapp zwei Billionen (!!) Euro Exportüberschüsse erwirtschaftet, davon über die Hälfte in Europa. So wurden dem übrigen, insbesondere dem südlichen Europa Handelsbilanzdefizite in Höhe von einer Billion Euro zugefügt. Die Folge dort: Riesenüberschuldung und über 50% Jugendarbeitslosigkeit. Die heutige IWF-Präsidentin Lagarde hat das bereits in ihrer Zeit als französische Wirtschaftsministerin vehement kritisiert, ebenso kritische Ökonomen in Deutschland, z. B. Rudolf Hickel. Wie kann eine Regierung die Exportüberschüsse reduzieren? Eine soziale, allerdings nicht sehr ökologische Methode wäre: Steuer auf Großvermögen, Mindestlohn, Renten und Hartz IV erhöhen und so Binnennachfrage und Importe ankurbeln.



Leistungsbilanzsalden europäischer Länder (1997-2013)
 Quelle: commons.wikimedia.org
 Urheber: Spitzli; Creative Commons BY-SA 3.0

Grafik 8

2.2.5 Altersversorgung und Produktionszuwächse

Auf kaum einem Gebiet werden so viele Falschbehauptungen aufgestellt, wie auf dem der beitragsfinanzierten Altersversorgung.

Behauptung: Das beitragsfinanzierte Umlageverfahren war die soziale Großtat Bismarcks.

Richtig ist: Das Beitragsverfahren zwingt die Arbeitenden dazu, sich gegen Risiken und Folgen der Industrialisierung gefälligst untereinander selbst zu versichern, damit die Früchte der Industrialisierung ungeschmälert an die Kapitalseite fließen können.

Behauptung: aufgrund des demographischen Wandels müssen immer weniger Junge für immer mehr Alte „bluten“.

Richtig ist: Trotz des höheren Anteils und der höheren Versorgungslast durch Alte und Arbeitsunfähige hat sich das reale BIP in 40 Jahren verdreifacht, das Wirtschaftsergebnis pro Arbeitsstunde fast verfünffacht. Die höhere Beitragsbelastung der Jüngeren ist also nicht die Folge des demographischen Wandels, sondern eines völlig unsinnigen Beitragsverfahrens, das die Kapitalseite und die Reichen nicht an den wirtschaftlichen Risiken und Folgen beteiligt. Selbst in der ja nicht gerade antikapitalistischen Schweiz mit ihrem „Drei-Säulen-System“ ist das besser geregelt als in Deutschland.

3. Zusammenfassung, Konsequenzen, Überwindungsmöglichkeiten

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich die wichtigsten Maßnahmen zur Überwindung von Ungleichverteilung und Entwertung der Arbeit.

1. Beseitigung des Überangebots an Arbeit: Sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit
2. Sukzessive Rückverteilung der bisherigen Umverteilung: Reichensteuer vor allem auf private Großvermögen
3. Entkoppelung Arbeit / Existenzberechtigung: Bedingungsloses Grundeinkommen
4. Harmonisierung der Handelsbilanzen
5. Altersversorgung auf breitere Grundlage, flexibles Rentenalter ab 60 ohne Abschläge

Keiner dieser Forderungen ist neu. Die Diskussion um das Grundeinkommen ist 200 Jahre alt, die Geschichte der Verkürzung der Arbeitszeit mindestens 138 Jahre. Obwohl die Forderungen stets von mehreren politischen Lagern gleichzeitig erhoben wurden, wurde kaum etwas realisiert. Stattdessen: Mikro durch Groko, kleinkarierte dunkelrosa Ablenkungsvorschläge, um die Oligarchen nicht zu verärgern.

Zu 1: Schon Marx und Keynes wollten die Arbeitszeit drastisch reduzieren. 1977 plädierte der Berliner FU-Soziologe Fritz Vilmar für eine gezielte Verknappung. 1985 forderten Oswald Nell-Breuning, Bischof Hengsbach und andere Vertreter der katholischen Soziallehre eine Reduzierung auf 10 Wochenstunden. Die „Postwachstumsökonom“ Frithjof Bergmann und Nico Paech forderten 2012 Aufteilung der Arbeitszeit in 20 Wochenstunden industrie- und kommerzielle Arbeit und 20 Wochenstunden selbstbestimmte Eigenarbeit^[7]. Ebenfalls 2013 forderte von 100 Ökonomen und Gewerkschaftlern unterschriebene „Manifest zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“^[8] 30 Wochenstunden. Und schließlich war die Verkürzung der Arbeitszeit 2013 die Hauptforderung des „Manifest des Akzelerationalismus“^[9]. Grundsätzlich muss die Verkürzung vor allem über Wochenarbeitszeit und Urlaubszeit erfolgen, weniger über das Renteneintrittsalter. Letzteres muss so flexibel wie möglich gestaltet werden, weil die Erschöpfungssituation hier je nach Beruf und Person äußerst unterschiedlich ist.

Zu 2: Reichensteuern werden inzwischen von drei der im Bundestag vertretenen Parteien gefordert. Es passiert allerdings gar nichts. Ähnlich wie die Reichensteuer des französischen Präsidenten Hollande fuhrwerken alle Vorschläge zu sehr in den Mittelstandseinkommen herum, anstatt sich auf die Vermögen der reichsten 2 bis 5 % am

7 Paech, N.: Wege in die Postwachstumsökonomie. Vortragsmanuskript 2013

8 Bontrup, H.-J. / Massarat, M. (Hrsg) (2013): Arbeitszeitverkürzung jetzt. Mit dem „Manifest zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“, pad-verlag@gmx.net.

9 Avanesian, Armen (Hrsg), 2013: Akzeleration. Darin: Srnicek, Nick/ Williams, Alex: Manifest des Akzelerationalismus. Merve Verlag, Berlin (Akzeleration = zukunftsorientierte Entwicklungsbeschleunigung)

rechten Rand der Säule in *Grafik 3* zu konzentrieren. Man will zwar Geld in die Staatskassen holen, aber – ähnlich wie bei „Rettungsschirmen“ oder Griechenland-Auflagen – Superreiche und Anleger möglichst schonen.

Zu 3: Die 200 Jahre alte Debatte um das „Bedingungslose Grundeinkommen“ ist beherrscht von unsinnigen Finanzierungsbedenken. Die Bedenkensträger sind offenbar außerstande, sich die Dimension der bereits erreichten Ungleichverteilung vorzustellen. Sie hätten die Bedenken vermutlich auch bereits vor 50 Jahren gehabt. Hätte man ihnen damals gesagt, dass die Oligarchen in den folgenden 50 Jahren so viel Milliarden leistungslos auf ihre Konten leiten würden, dass man davon das Grundeinkommen 150 Jahre lang hätte finanzieren können – sie hätten es vermutlich nicht geglaubt. Nun sehen sie es.

Gesamtfazit: Menschenarbeit wird in den Industrieländern noch lange Zeit nicht mehr, sondern weniger werden. Auch der sogenannte „Ökologische Umbau“ kann hier die Arbeitslosigkeit allenfalls vorübergehend etwas verringern. Und auch in den sogenannten Entwicklungsländern wird der noch ausstehende Aufbau der fehlenden Infrastruktur nicht dauerhaft 40 Wochenstunden „Vollbeschäftigung“ für alle Arbeitsfähigen schaffen.

Andererseits gilt: Ob menschliche Arbeit im gleichen Tempo wie bisher an Menschen und Automaten übertragen werden kann, ist vor allem davon abhängig, ob die Industrialisierung auf ein Ausmaß reduziert werden kann, dass wirklich ausschließlich mit erneuerbaren Energien betrieben werden kann. Gelingt das nicht, ist ein teilweiser Rückfall in vorindustrielle Zustände nicht auszuschließen. Von einigen Vertretern der Postwachstumsökonomie wird das ja bereits regelrecht gefordert, wie z. B. von Frithjof Bergmann. Er bietet im Internet Kurse für Strümpfe-Stopfen an.

40-Stunden-Woche, nur drei Wochen Jahresurlaub und Rente mit 65 sind Relikte aus dem vorigen Jahrhundert. Ein immer größerer Teil heutiger Arbeit führt nicht mehr zu wirklicher Wertschöpfung, sondern zu Wertzerstörung. Er dient der Arbeitsseite nur noch als Einkommensvorwand und der Kapitalseite nur noch als Abschöpfungsquelle.

Die gewerkschaftliche Forderung nach „guter Arbeit“ und nach „Humanisierung der Arbeitswelt“ ist natürlich uneingeschränkt richtig. Gleichwohl kompensiert sie nicht die unaufhalt-same Abnahme menschlicher Arbeit. Umgekehrt ist die konservative Behauptung, Arbeit ließe sich stets in beliebiger Menge beschaffen, wenn es nur genügend Wachstum gäbe, eine bewusste Irreführung, mit dem Ziel, ihr Überangebot und ihre Entwertung weiter zugunsten der Kapitaleseite zu erhöhen.

Wer in dieser Situation weiter immer nur mehr „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ fordert, wer die Arbeit nicht endlich wieder – wie bis 1992 – weiter verkürzen will, der unterstützt – gewollt oder ungewollt – ihr weiteres Überangebot und ihre weitere Entwertung und Prekari-

sierung. Er unterstützt – gewollt oder ungewollt – das zynische Spiel mit der Angst vor der Arbeitslosigkeit und mit den Entlassungen.

Wer in dieser Situation Arbeit und Wachstum durch Exportüberschüsse fordert, verstößt gegen die internationale Solidarität. Er unterstützt den Arbeitsdiebstahl an anderen Ländern und das Lohndumping, sowohl im eigenen Land als auch in den bestohlenen Ländern. Das gilt ganz besonders für Rüstungsgüter.

Wer in dieser Situation die Altersversorgung einseitig nur auf die Beiträge der Arbeitenden abstellt, wer leistungslos erzielte, private Kapitalgewinne absichtsvoll nicht zu ihrer Finanzierung heranzieht, der unterstützt ebenfalls die Entwertung der Ar-

beit und den weiteren Anstieg der Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen.

Wir befinden und bereits in einem Zustand postdemokratischer Selbstjustiz durch das globale Netzwerk der Oligarchen von den USA bis China. Nur mit äußerster Entschlossenheit könnte es den Regierungen noch gelingen, die endgültige Etablierung dieses demokratiefeindlichen Superkapitalismus zu stoppen. Wer in dieser Situation der ständigen, lautlosen Umverteilung von unten nach oben und dem weiteren leistungslosen Anstieg der privaten Megavermögen tatenlos zusieht, wer noch der zynischen Parole „Privat vor Staat“ weiter das Wort redet, wer nicht versucht, eine sukzessive, wenigstens teilweise Rückverteilung einzuleiten – der betreibt nicht nur die weitere Entwertung und Prekarisierung der Arbeit, die fortschreitende Verarmung, Ausgrenzung, und fehlende Bildungsteil-habe von Teilen der Bevölkerung, sondern der macht sich zum Komplizen der drohenden finalen Herrschaft der Plutokraten aus West und Ost. 

Das Ausmaß der Ungleichverteilung

Weltweit (2013):

- Private Geldvermögen: 241 Bill. US-\$ = 177,5 Billionen € werden aufgrund (nicht trotz) Krise bis 2017 auf 345 Billionen US-\$ steigen (8,3 % p. a.)
- 85 Milliardäre besitzen so viel wie die halbe Menschheit.
- 70 Mio. Menschen (1 %) besitzen die Hälfte des globalen Vermögens

(Quellen: Oxfam, Credit Suisse, FAZ vom 23. 1. 2014)

USA:

Einkommenszuwachs der reichsten 5 % 1979-2013: 186 % (Paul Krugman)
Anteil des reichsten 1 % der US-Bevölkerung an der Wohlstandssteigerung:

unter Clinton	45 %
unter G. Bush	63 %
unter Obama	93 %

(Quelle: Löpfe, Philipp / Vontobel, Werner: Reiche Multis, arme Bürger. Die unsoziale Kehr-seite der maßlosen Unternehmensgewinne. Zürich 2012)

Euro-Staaten (2013):

Private Nettogeldvermögen: 11 Billionen Euro

Deutschland (2013):

- Private Nettogeldvermögen (nach Abzug der Schulden) = 3,5 Billionen €
- 120 Milliardäre, 253 „Superreiche“ (ab 500 Mio. €), (ohne „Familien“)
- 75 Milliardäre besitzen so viel wie der ges. Bundeshaushalt = 302 Mrd. €
- Die 830.000 reichsten Deutschen (1 % d. Bev.) besitzen 2,2 Billionen € (ohne Abzug der Schulden)
- 0,5 % besitzen ¼ aller Nettogeldvermögen

Dieser Text entstand aus einem Vortrag auf Einladung von Attac und Verdi, 20. 01. 2014 in Dortmund, Großer Saal der Auslandsgesellschaft am Hauptbahnhof.

Zum Autor

Prof. Günther Moewes 



Er vertrat bis 2000 an der FH Dortmund das Forschungsgebiet „Industrialisierung des Bauens“ und sagte die Finanzkrise seit 1997 voraus. Ihre Ursache sieht er vor allem in der exponentiellen Überentwicklung der privaten Großvermögen und den daraus resultierenden öffentlichen Schulden.

Bücher und Schriften: „Weder Hütten noch Paläste“ (1995), „Geld oder Leben“ (2004), „Dilettantismus oder Komplizenschaft“ (2012), „Arbeitswende“ (2013).

www.guenthermoewes.de

